

Europäische Union plant Regulierung von Kryptowährungen

Digitale Währungen oder sogenannte Kryptowährungen bauen auf dezentralisierte Plattformen auf. Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass Zahlungsvorgänge untereinander ohne Einsatz einer Mittelperson (wie zB. einer Bank) durchgeführt werden können. Dadurch soll vollständige Sicherheit und niedrige Kosten ermöglicht werden. Im Laufe der Jahre sind unzählige dieser digitalen Währungen entstanden – darunter die bekannteste: Bitcoin. Aber auch Facebook plant bereits eine eigene Währung zur Verfügung zu stellen.

Die Europäische Union wird in den kommenden Wochen einen [Vorschlag](#) unterbreiten, der die Welt der Kryptowährungen regulieren soll. Dabei sollen Kryptowährungen nach ihrem jeweiligen Risiko eingestuft werden und dementsprechend reguliert werden. Für digitale Währungen, wie Libra (Facebook) sollen strengere Auflagen gelten. Die Europäische Zentralbank wird dabei für die Überwachung zuständig sein, unterstützt durch einen zusätzlichen Rat aus Supervisors. Dabei kann sie diese Währungen mit Strafen belegen, sollten extreme Sicherheitsbrüche auftreten.

Ungarn und Polen drohen mit Blockade

Obwohl der mehrjährige Finanzrahmen der EU bereits im Europäischen Rat einstimmig angenommen wurde, [drohen](#) Polen und Ungarn nun damit, den Ratifizierungsprozess in den nationalen Parlamenten zu stoppen. Das würde auch den One Resources Decision Vorschlag betreffen, der vorsieht, dass die Europäische Union zur Finanzierung auf eigens geschaffene Eigenmittel zurückgreifen kann. Der Grund für die Drohung ist die Befürchtung, dass die Regelungen zur Rechtsstaatlichkeit und deren Verknüpfung mit dem Zugang zu Finanzmitteln strenger ausfallen könnten. Ungarn und Polen hingegen weisen den Vorwurf als übertrieben zurück – man könne ja nicht drohen zu blockieren, wenn es bisher keinen schriftlichen Entwurf gibt. Es ist nun die Aufgabe der deutschen Ratspräsidentschaft hier einen Konsens zwischen dem Europäischen Parlament und den Staaten zu finden.

EU vs. Apple

Gegen die Entscheidung, dass die verhängten Strafzahlungen in der Höhe von 13 Milliarden Euro seitens der EU gegen Apple nicht rechtens sind, legt die Europäische Kommission eine [Beschwerde](#) ein. Begründet wird diese Beschwerde mit mehreren Rechtsfehler, die durch das Gericht der EU gemacht worden sein sollen. Die Entscheidung des Gerichts wurde damit

argumentiert, dass seitens der Europäischen Kommission nicht genug Beweise vorgelegt worden sind, die erklären, dass die durch Irland gewährten Steuervorteile wettbewerbsverzerrend sind.

Neue EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen

Die neue Kommissarin für Finanzdienstleistungen und somit nun ehemalige Europaabgeordnete Mairead McGuinness aus Irland wurde vom Ausschuss für Wirtschaft und Währung angenommen. Sie gehört der liberal-konservativen Partei Fine Gael an, die sich auf EU-Ebene der konservativen Parteienfamilie EVP angeschlossen hat. In einer drei-stündigen Debatte ging die Kandidatin auf die Fragen der Abgeordneten ein und präsentierte dabei ihre Vorstellungen in Bereich Finanzen. Die Nominierung war notwendig, da ihr Vorgänger Hogan aufgrund der Missachtung der Corona-Regelungen (Nichteinhaltung der Quarantäne) zurücktreten musste.